

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Einsparung der Stabsstelle Heimatvertriebene und Spätaussiedler**Einzelplan **03** **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 10

Bezeichnung lt. Leistungsplan Ministerium

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan:			
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	42.701,8	-400,0	42.301,8
Produktabgeltung	31.138,7	-400,0	30.738,7

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Im Stellenplan der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler werden alle Stellen gestrichen. Die Stabsstelle wird aufgelöst.

Kameraler Haushalt:**Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
412 011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	26.000	-12.000	14.000

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Eine Stabsstelle für die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler ist nicht notwendig, die hierfür veranschlagten Mittel werden eingespart. Überdies wird die zusätzlich veranschlagte Aufwandsentschädigung für die Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Höhe von jährlich 12.000 Euro gestrichen.

Es ist nicht sachgerecht, eine Position aufrecht zu erhalten, die ausschließlich für Belange von sogenannten Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern zuständig ist. Die Abteilung VI im Ministerium für Soziales und Integration, die für Integration zuständig ist, sollte für die Integration aller in Hessen lebenden Migrantinnen und Migranten zuständig sein, auch die aus dem Ausland nach Deutschland Migrierenden deutscher Staatsangehörigkeit. Der Sonderstellung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler, die sich in der Stelle der Landesbeauftragten manifestiert, hat einen völkischen Charakter, ebenso wie das Bundesvertriebenengesetz, auf das sich die Aufgabenbeschreibung der Landesbeauftragten bezieht.

Wiesbaden, 20.01.21

Für die Fraktion

DIE LINKE

Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler